

Beschlossen vom Bezirksparteitag der SchwabenSPD, 1. April 2017, Neu-Ulm
Adressat: SPD-Landtagsfraktion Bayern

Antrag zu Polizeieinsätzen und Fanprojekten in Fußballstadien

Die Medien sind vollgespickt mit Schreckensnachrichten aus deutschen Fußballstadien. Fast jede Woche kann man von körperlichen Ausschreitungen und Feuerwerkskörpern (insbesondere sog. Bengalos) lesen. Die Polizeipräsenz in Bayern bei Fußballspielen hat daher stark zugenommen: In der Saison 2013/2014 wurden 225 000 Einsatzstunden in und um Fußballstadien aufgezeichnet.

So ist zum Beispiel die Bereitschaftspolizei aus Königsbrunn im Schnitt drei von vier Wochenenden bei Bundesligaspielen, 2. und 3. Liga und Bezirksligaspielen im Einsatz. Hinzu kommen viele Einsätze bei Kundgebungen und anderen Großveranstaltungen. Aufgrund dieser hohen Belastung gerade an Wochenenden ist die Grundstimmung schlecht.

Aber nicht nur die Bereitschaftspolizei ist bei solchen Spielen präsent. Das USK wird häufig vor allem bei (vermeintlichen) Risikospielen eingesetzt. Auch die SKB, die szenekundige Beamt*innen, sind zivil unterwegs und sollen aufgrund ihrer guten Kenntnisse in der Szene vermittelnd tätig werden. Obwohl der erfolgreiche Einsatz natürlich sehr von einem guten Verhältnis zu den Fan-Gruppierungen abhängig ist, muss man leider feststellen, dass es in vielen Fällen an der notwendigen guten Beziehung in die Fanszene hinein mangelt und nur von einer „friedlichen Koexistenz“ gesprochen werden kann. Probleme entstehen meist durch Einsätze des USK, welches von den Fanlagern als sehr aggressiv und repressiv wahrgenommen wird.

Aufgrund schlechter Erfahrungen reden viele Fangruppierungen nicht mehr mit der Polizei und ignorieren organisatorische Anweisungen.

Die Polizeiführung und das Innenministerium in Bayern haben bezüglich der Gewalt in Fußballstadien eine sehr repressive Haltung; sie differenziert kaum, ob die Gewalt vor, während oder nach dem Spiel, innerhalb oder außerhalb des Stadions passiert. Dabei ist festzustellen, dass Gewalt oft völlig losgelöst vom Fußballspiel stattfindet. Die wenigen Gewaltausbrüche haben sich auf die Reisewege oder teilweise in den Amateurfußball oder zweite Mannschaften verlagert.

Daher greift die Forderung der CSU, dass die Vereine mit qualifiziertem Sicherheitspersonal für die Sicherheit zu sorgen haben, zu kurz. Die Jusos Bayern halten mit ihrer Beschlusslage vom April 2016 richtig fest: Eine Auslagerung staatlicher Aufgaben an jegliche nichtstaatlichen oder privaten Strukturen wie Sicherheitsunternehmen wird abgelehnt, da diese dem staatlichen Gewaltmonopol zuwiderlaufen. Die Fehlentwicklungen und Probleme der Polizei müssen mit Reformen, personeller Ausstattung und Maßnahmen der Transparenz (bspw. Kennzeichnungspflicht der Polizei, Demokratie-Schulungen) bekämpft werden.

Die bayerische Regierung setzt mit dem hohen Polizeieinsatz zudem einseitig auf Repression statt auf Prävention. Die SPD hingegen bekennt sich weiterhin dazu, eine Partei der Prävention zu sein und auf Konflikte nicht mit pauschalen Verboten und ordnungspolitischen Maßnahmen zu reagieren, sondern die zugrundeliegenden Probleme präventiv zu lösen. Wie kann das gehen?

Es ist bestimmt ein Bündel an Maßnahmen nötig, die nicht allumfassend aufzuzählen und erkennbar sind. Wir möchten ein paar Punkte herausgreifen:

Fanprojekte sind ein Schlüssel zum Erfolg

Die Problematik lässt sich nur gemeinsam mit Vereinen, Fans und Polizei regeln. Dass das Verhältnis noch nicht vollkommen eskaliert ist, ist vor allem der Arbeit der Fanprojekte zu verdanken. Bis jetzt sind in München (FC Bayern München und TSV 1860 München), Nürnberg, Augsburg, Fürth und Regensburg fünf Fanprojekte in Bayern angesiedelt und werden von Trägern der Jugendhilfe nach einem sozialpädagogischen Konzept geleitet.

Die Sozialpädagog*innen begleiten regelmäßig Fans zu Heim- und Auswärtsspielen. Sie vermitteln dabei eine positive Fankultur, werden gewaltpräventiv tätig und bieten Hilfe für junge Fans in Problemlagen. Damit verhindern sie, gerade in Nürnberg, dass junge Leute zu radikaleren Flügeln abwandern, die noch schwerer zu fassen sind. Fanprojekte können, gerade mit dieser niedrigen Personaldecke, nicht jeden Gewaltausbruch oder rechtsradikale Äußerung verhindern, aber sie leisten wichtige und wertvolle präventive Arbeit.

Finanziert werden aktuell die Fanprojekte von Kommunen, Freistaat und DFL/DFB. DFL/DFB beteiligen sich bisher maximal bis zu dem Betrag, den Kommune und Freistaat beisteuern, wobei eine Höchstgrenze von 150.000 Euro pro Fanszene und Jahr gilt. Bei der Förderung des Freistaats ist das Problem, dass dieser nur bereit ist den Betrag zu leisten, den auch die Kommune dazu gibt. Gerade bei finanziell schwachen Kommunen besteht die Gefahr, dass Fördermittel nicht abgerufen werden können.

Im Nationalen Konzept Sport und Sicherheit (NKSS) werden detailliert Mindestanforderungen und -standards für die Fanprojekte definiert. Allein zur Erreichung dieser Mindestanforderungen wird von einem jährlichen Gesamtförderbedarf in Höhe von 200.000 Euro je Projekt ausgegangen.

Angesichts der Bedeutung von Fanprojekten für Prävention und Deeskalation ist anzustreben, dass die Förderung der Fanprojekte angehoben wird und in einem ersten Schritt zumindest so finanziert werden, dass alle Fördermittel komplett ausgeschöpft werden können.

Warum sollten nicht die Vereine mit in die Finanzierung genommen werden? Die Fanprojekte müssen unabhängig von ihrem Verein bleiben und sollten nicht an Entscheidungen des Vereins gebunden sein; Die Fanprojekte stellen eine reine Interessensvertretung der Fans dar, was gerade wichtig bei Stadionverboten ist, wo sie als Vermittler*innen zwischen Fans und Verein tätig sind.

Bessere Situationsanalyse und damit abgestimmter Polizeieinsatz

Eine unverhältnismäßig hohe Polizeipräsenz erschwert die Arbeit der Fanprojekte, da das hohe Aufgebot von Seiten der Fangruppierungen als Vorverurteilung aller Fans gesehen wird. Je zurückhaltender und kommunikativer die Polizei auftritt, je größer das Wissen und der Respekt gegenüber der Fankultur, desto weniger Gewaltvorfälle. So sieht es auch Michael Gabriel, Leiter der bundesweiten Koordinationsstelle Fanprojekte.

In anderen Bundesländern ist man hier schon weiter. Zum Beispiel werden in NRW, die immerhin fünf Bundesligisten haben, mit ihrem Erlass „Kräfteinsatz beim Fußball“ die Kräfte anders verteilt und Kosten gespart. Die Polizeiführer*innen setzten während der Pilotphase bei 25 von insgesamt 56 Begegnungen im Schnitt 20 Prozent weniger Beamt*innen ein. Einzelne Spiele kamen sogar fast mit der Hälfte des ursprünglich veranschlagten Personals aus, darunter Partien wie Dortmund gegen Freiburg. Es gab keine Zunahme von Gewalttaten. Die Fans haben deutlich gezeigt, dass sie friedlich miteinander umgehen können.

Vor Spielen wird mit Polizei, Fanbeauftragten und Vereinen über das jeweilige Spiel gesprochen und aufgrund dieser Situationsanalyse entschieden, wie viele Einsatzkräfte benötigt werden. So kommen weniger Polizeikräfte bei Partien, bei denen es in den vergangenen Jahren friedlich geblieben ist, zum Einsatz und sowohl Vereine als auch Fans können als polizeiliche Netzwerkpartner*innen ihre Expertise und Verantwortung mit einbringen.

Zudem wird die Bereitschaftspolizei anlassunabhängig nicht offen im Stadion gezeigt. Sollten sie dennoch eingesetzt werden müssen, sollen diese sich lageabhängig nach Möglichkeit verdeckt aufstellen bzw. in der Begleitung von Fußballanhänger*innen zurückhaltend eingesetzt werden.

Dieses Konzept sollte auch in Bayern erprobt werden.

Stehplätze Teil der Emotionen

Auch drohen gerade repressive Politiker*innen ganz nach dem Motto „Entweder ihr pariert oder es kommt der Rohrstock“ mit einem Verbot der Stehplätze in den Stadien. Dabei würde dies nichts ändern, nur verärgern. Das zeigen Beispiele der letzten Jahre aus Deutschland wie dem Ausland. Als es bei der Begegnung Hertha BSC gegen den 1. FC Nürnberg im März 2010 oder bei dem Züricher Derby im Oktober 2011 zu gewalttätigen Auseinandersetzungen im Stadion kam, war der Ruf von einigen Funktionär*innen und Politiker*innen nach einer Abschaffung der Stehplätze groß. Das Bemerkenswerte an den beiden Vorfällen ist: sowohl das Berliner Olympiastadion wie der Letzigrund in Zürich sind bereits reine Sitzplatzstadien. Wie diese beiden und auch andere Vorfälle in der Vergangenheit zeigen, verhindert eine Abschaffung der Stehplätze gewalttätige Auseinandersetzungen nicht.

Im Vergleich zu der hohen Zahl der Spiele, mit hunderttausenden von Zuschauer*innen jedes Wochenende, ist festzuhalten, dass der Besuch eines Fußballspiels nach wie vor eine sichere Sache für jeden Fan und die ganze Familie ist. Auseinandersetzungen in den Stadien sind die absolute Ausnahme. Warum also nicht das Stadion als Ort der Emotionen erhalten? Gerade im Stehbereich kommt es aufgrund der ständigen Mobilität zwischen sozialen Schichten und Generationen zum Austausch und Miteinander.

Zudem kann gerade im Stehen Stimmung gemacht werden. Bei der WM 2006 fiel auf, dass die meisten Fans in den von der FIFA durchgesetzten reinen Sitzplatzstadien standen. Dabei teilweise auf den Stühlen, was eher zu einer Gefährdung für sich und die Umstehenden führte.

Die SPD ist eine Partei des Miteinanders und steht daher für Stehplätze ein.

Die SPD setzt sich somit dafür ein, dass

1. Polizeieinsätze bei Fußballspielen besser koordiniert werden, um so die Personalstärke bei diesen Einsätzen nach Möglichkeit zu reduzieren. Ein deeskalierendes Agieren hat Vorrang.
2. die Fördermittel von DFL/DFB für die bayerischen Fanprojekte komplett ausgeschöpft werden können. Hierzu sind die Fördermittel des Freistaats zu erhöhen und die bisher in Bayern zwingende kommunale Kofinanzierung zu überprüfen. Insgesamt ist eine Erhöhung der Förderung notwendig.
3. Stehplätze in Fußballstadien erhalten bleiben.